

Allgemeiner Teil

Kantonsrat

Kurzprotokoll der Januarsession 2012

Übersicht

Am Montag und am Dienstag, dem 30. und dem 31. Januar 2012, fand unter dem Vorsitz von Trix Dettling Schwarz, Buchrain, die erste Session des Parlamentsjahres 2012 statt. Der Kantonsrat stimmte in 1. Beratung der Änderung des Anwaltsgesetzes betreffend den Entzug des Anwaltspatentes zu. Weiter nahm er den Planungsbericht über die mittel- und langfristige Entwicklung des Angebots für den öffentlichen Personenverkehr (öV-Bericht) 2012 bis 2015 zur Kenntnis. Für das zurückgetretene Mitglied Leo Müller, Ruswil, wurde Priska Galliker als neues Mitglied des Kantonsrates vereidigt. Weiter nahm der Rat Kenntnis vom Rücktritt einer Friedensrichterin und eines Staatsanwalts. Er nahm zudem einen Wechsel in einer ständigen Kommission vor. Eröffnet wurde der Eingang von 25 parlamentarischen Vorstössen. Die für 11 Vorstösse beantragte dringliche Behandlung wurde für 2 beschlossen und durchgeführt. Die Urheber von 2 zur dringlichen Behandlung eingereichten Vorstössen verzichteten nachträglich auf die Dringlichkeit. Der Rat wies weiter 3 Sachgeschäfte ständigen Kommissionen zur Vorberatung zu. Alle traktandierten Geschäfte konnten behandelt werden.

Rechtsetzung

Anwaltsgesetz. Der Entwurf einer Änderung des Anwaltsgesetzes gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 15. November 2011 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 49 vom 10. Dezember 2011, S. 3316) wurde in 1. Beratung behandelt (Kommission Justiz und Sicherheit unter dem Vorsitz von Armin Hartmann, Schlierbach) und gutgeheissen. Mit der Gesetzesänderung sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Anwaltspatente entzogen und so das Publikum vor fehlbaren Anwältinnen und Anwälten geschützt werden kann. Es soll einerseits der Entzug möglich sein, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen zur Erteilung des Anwaltspatentes nicht mehr erfüllt sind. Andererseits soll ein Entzug auch dann möglich sein, wenn vorgängig ein dauerndes Berufsausübungsverbot ausgesprochen worden ist oder eine offensichtliche Zahlungsunfähigkeit vorliegt und dadurch die Vertrauenswürdigkeit für die Anwaltstätigkeit nicht mehr gegeben ist. Nebst einem erzwungenen Entzug soll auch der freiwillige Verzicht auf das Anwaltspatent möglich sein. Schliesslich werden auch die Voraussetzungen für die Wiedererteilung des Anwaltspatentes geregelt. Das Beratungsergebnis wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz Hans Stutz, Luzern) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission gewiesen.

Planungsvorlage

Öffentlicher Verkehr. Der Planungsbericht über die mittel- und langfristige Entwicklung des Angebots für den öffentlichen Personenverkehr (öV-Bericht) 2012 bis 2015 gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 15. November 2011 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 49 vom 10. Dezember 2011, S. 3316) wurde behandelt (Kommission Verkehr und Bau unter dem Vorsitz von Markus Odermatt, Ballwil) und zur Kenntnis genommen. Die Vorlage stellt den ersten Planungsbericht gemäss Gesetz über den öffentlichen Verkehr dar und enthält eine Auslegeordnung über das bestehende Angebot im öffentlichen Personenverkehr, die geplanten Infrastrukturvorhaben und Angebotsveränderungen, den Zeitpunkt ihrer Verwirklichung und die damit verbundenen Kosten und hält die Tarifgrundsätze für das Verkehrsangebot fest. In der Stadt und Agglomeration Luzern sollen Bahn und Bus zu den bevorzugten Verkehrsmitteln werden. Gleichzeitig soll der Kostendeckungsgrad des öffentlichen Verkehrs von 47 auf 50 Prozent und der Modalsplit auf 18 Prozent erhöht werden. Mit der Überweisung einer Bemerkung unterstrich der Kantonsrat, dass im Raum Luzern die Inbetriebnahme von Tangentiallinien bereits während der ersten Berichtsperiode anzustreben ist.

Eintritt

Kantonsrat. Der Rat vereidigte Priska Galliker, Knutwil, als neues Mitglied.

Rücktritte

Friedensrichteramt Luzern. Der Kantonsrat nahm Kenntnis vom Rücktritt von Margaretha Reichlin, Luzern, als Friedensrichterin auf den 30. September 2012.

Staatsanwaltschaft. Der Kantonsrat nahm Kenntnis vom Rücktritt von Franz Kurmann, Zell, als Staatsanwalt auf den 30. November 2012.

Wahlen

Kommissionen. An die Stelle des zurückgetretenen Ratsmitgliedes Leo Müller, Ruswil, wählte der Kantonsrat Priska Galliker, Knutwil, als neues Mitglied der Staatspolitischen Kommission.

Motionen

Abgelehnt wurden die Motionen

- M 806 von Josef Langenegger, Malters, über einen Planungsbericht zur Verkehrserschliessung der Stadt und der Agglomeration Luzern,
- M 48 von Andrea Gmür, Luzern, über mehr Chancengleichheit und solide Sprachgrundlagen dank zwei obligatorischen Kindergartenjahren für Kinder mit ungenügenden Deutschkenntnissen,

- M 49 von Andrea Gmür, Luzern, über die Aufnahme der Musical Factory Luzern in die interkantonalen Schulabkommen,
- M 87 von Marcel Omlin, Rothenburg, über die Änderung von § 2 Absatz 3 des Steuergesetzes (Referendumsmöglichkeit),
- M 848 von Monique Frey, Emmen, über Abfall auf die Bahn.

Postulate

Erheblich erklärt wurden die Postulate

- P 54 von Peter Zosso, Luzern, über die Vereinfachung des Zonenplanes im Tarifverbund Passepartout,
- von Guido Müller, Ebikon, über die Einführung einer Ausweispflicht als Voraussetzung für Schulanmeldungen und -einschreibungen im Kanton Luzern (eingereicht als Motion M 859),
- von Christina Reusser, Ebikon, über die Steuerbefreiung des erweiterten Existenzminimums (eingereicht als Motion 845),
- P 32 von Marcel Omlin, Rothenburg, über die Beibehaltung des A2-Vollanschlusses Emmen Nord,
- P 46 von Hans Aregger, Buttisholz, über die Optimierung von Bauabläufen auf öffentlichen Verkehrsträgern,
- P 34 von Romy Odoni, Rain, über die Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens bei Arbeitslosigkeit.

Teilweise erheblich erklärt wurde das Postulat P 53 von Priska Wismer, Rickenbach, über die rasche Evaluation des Fremdsprachenunterrichts an den Primarschulen.

Abgelehnt wurden die Postulate

- P 852 von Rolf Born, Emmenbrücke, über die Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich der Strassen- und Verkehrsplanung,
- P 96 von Marie-Theres Knüsel, Dagmersellen, über unnötige Vorgaben für die Gemeinden in der neuen Volksschulverordnung SRL Nr. 405,
- P 61 von Alain Greter, Luzern, über einen Wohlfahrtsindex für den Kanton Luzern,
- P 738 von Heidi Rebsamen, Luzern, über eine dienststellenübergreifende Fachstelle für nachhaltige Entwicklung,
- P 21 von Heidi Frey, Sempach, über die Überarbeitung der Kostenverrechnung für die Lastgangmessung bei erneuerbaren Energie-Erzeugungsanlagen.

Zurückgezogen wurde das Postulat P 628 von Heidi Rebsamen, Luzern, über die Zulassung von Lehrstellen in der kantonalen Verwaltung für jugendliche Sans-Papiers.

Anfragen

Schriftlich beantwortet wurden die Anfragen

- A 120 von Christian Graber, Grossdietwil, über die Unterbringung der von Bern zugewiesenen Asylanten in vorwiegend privaten Gebäuden,
- A 125 von Charly Freitag, Gunzwil, über Asylzentren und deren Ausgestaltung,

- A 711 von Albert Vitali, Oberkirch, über eine künftige Steuerstrategie im Kanton Luzern,
- A 84 von Michael Töngi, Kriens, über die Auswirkungen des steuerbefreiten Bausparens auf die kantonalen Finanzen,
- A 26 von Rosy Schmid, Hildisrieden, über den Zustand der Luzerner Strassen und Radwege,
- A 78 von Lathan Suntharalingam, Luzern, über die Unzufriedenheit der Assistenzärzte in den Luzerner Kantonsspitalern mit den medizinischen Kliniken als Ausbildungsplatz,
- A 59 von Hanspeter Bucher, Hochdorf, über Kontrollfahrten beim Strassenverkehrsamt für ältere Fahrzeuglenker,
- A 108 von David Roth, Luzern, über Luzerner Schiesstraining für Neonazis.